



gelingt, wenn keine Ausgrenzung stattfindet und – auf der Basis des geltenden Rechtsstaates – alle in ihrer persönlichen Lebensweise respektiert und toleriert werden. Das Ziel der Stadt Zürich, möglichst alle Zugewanderten zu Zürcherinnen und Zürchern zu „machen“ und es ihnen dabei frei zu lassen, noch vieles andere gleichzeitig zu sein, ist ein hohes Ziel und vielleicht eines, das nicht ganz erreicht werden kann – nicht zuletzt wegen der einheimischen Bevölkerung, die teilweise verunsichert ist und deren teilweise vorhandenen Ängste von einzelnen politischen Parteien ausgenutzt und verstärkt werden. Dies kann nur bedingt verhindert werden. Doch umso wichtiger ist es der Stadt Zürich, zumindest eine Gegenstimme zu erheben und vor allem den direkt Betroffenen gegenüber klar und unmissverständlich mitzuteilen, dass es gut und o.k. ist, dass sie hier bei uns sind. Dies erfolgt teilweise im Rahmen konkreter Arbeiten (z.B. durch den Einbezug in die Informations-, Planungs- und Umsetzungsarbeit bei laufenden Aktivitäten) und teilweise auf einer eher „symbolischen“ Ebene. Diese ist aber nicht zu unterschätzen. Denn von den Musliminnen und Muslimen in der Stadt Zürich wird es beispielsweise sehr geschätzt, dass sie seit einigen Jahren regelmäßig anlässlich des Fastenmonats Ramadan durch den Stadtpräsidenten beglückwünscht und zu einem Aperó eingeladen werden.

Die aufgeführten Beispiele sind nicht spektakulär, und das sollen sie auch nicht sein. Denn Diversitätspolitik ist in erster Linie Normalität. Sie geht aus von der konkreten Realität und baut darauf auf. Und sie umfasst einen Großteil des städtischen Handelns und kann nicht an eine spezialisierte Stelle delegiert werden. Dennoch braucht es diese Stellen – denn sie können Grundlagenarbeiten leisten, können konzeptuell und fachlich unterstützen und sie können koordinieren und Beziehungen pflegen. Die Integrationsförderung der Stadt Zürich arbeitet diesbezüglich nicht alleine. Sie ist im Präsidialdepartement angesiedelt und bildet mit den Fachstellen Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine Direktion. Das gemeinsame Thema: urbane Vielfalt.

Christof Meier
Leiter der Integrationsförderung der Stadt Zürich

Weitere Informationen:

www.stadt-zuerich.ch/integration

vhw

„Wir sind auf dem richtigen Weg und schreiten deshalb weiter voran!“

Ein Gespräch mit Dr. Oliver Junk, Oberbürgermeister der Stadt Goslar



Dr. Oliver Junk,
Oberbürgermeister der Stadt Goslar

Mehr Flüchtlinge nach Goslar, forderte bereits im Spätherbst 2014 Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk (CDU), denn der 50.000-Einwohner-Stadt droht Überalterung durch Abwanderung. Flüchtlinge können die Stadt wieder aufblühen lassen, so der Tenor des Oberbürgermeisters. Wie kommen heute die Einwohner und Unternehmen in Goslar mit den Flüchtlingen zurecht? Frank Jost vom

vhw sprach mit Oliver Junk über neue Aufgaben und pragmatische Lösungsansätze.

Dr. Frank Jost: Herr Dr. Junk, in den Monaten der sogenannten Flüchtlingskrise in Deutschland wurden Sie und Ihre Stadt in den Medien als positives Beispiel für den

Umgang mit Asylbewerbern in den Kommunen hervorgehoben – manche würden auch sagen „gehyppt“. Was haben Sie in Bezug auf die Integration von Geflüchteten genau anders gemacht als Ihre Amtskollegen in anderen Städten und Kommunen?

Dr. Oliver Junk: Ich habe vor allem die Chance gesehen, die der Flüchtlingsstrom mit sich bringt. Dass ohnehin überlastete Großstädte aber ächzten, weil sie durch die Schlüsselzuweisung verhältnismäßig viele Flüchtlinge zusätzlich unterbringen mussten und gar nicht mehr wussten wo, kann ich durchaus nachvollziehen. Deshalb habe ich gesagt: „Bringt die Menschen lieber in den Klein- und Mittelstädten unter – die haben die nötige Infrastruktur und Platz.“

Was können Städte ab 10.000 Einwohnern besser, was in Großstadtquartieren nicht oder schlechter funktioniert?

In Klein- und Mittelstädten haben wir die gleiche nötige Infrastruktur wie in den Großstädten: Einkaufsmöglichkeiten, öffent-



licher Personennahverkehr, Kindergärten, Grundschulen, Ärzte, Vereine, Schwimmbäder. Im Gegensatz zu den Großstädten haben wir aber auch freie Wohnungen. Wir können die Flüchtlinge dezentral unterbringen und müssen sie nicht in Containerdörfern zusammenpferchen. Und selbst in den großen Wohnquartieren – ich meine damit die immensen Hochhäuserblöcke – gehen die Individuen doch ein wenig unter. In kleinen Quartieren ist die nachbarschaftliche Nähe einfach größer.

Eine Kernthese des Goslarer Ansatzes ist, den Zuzug von Flüchtlingen als „Chance eines gegenseitigen Profitierens und Lernens“ zu sehen. Wird diese These in der Goslarer Bevölkerung geteilt und gibt es hier schon nennenswerte Auswirkungen in der ein oder anderen Art und Weise?

Natürlich gibt es immer Stimmen, die den Zuzug von Flüchtlingen kritisch sehen. Fragt man nach den Argumenten, erntet man aber meist Schweigen. Für mein Empfinden ist der Großteil der Goslarer Bürgerschaft der Integration von Flüchtlingen gegenüber aufgeschlossen. Die These wird weit überwiegend geteilt, besonders von Unternehmern, die hier in Goslar sehr stark von den wachsenden Schwierigkeiten betroffen sind, Arbeitskräfte zu gewinnen. Wir haben bereits eine Reihe von Unternehmen, die Flüchtlinge in den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen beschäftigen. Wir haben Integrationsprojekte, in denen Goslarerinnen und Goslarer zusammen mit ihren neuen Mitbürgern kochen oder basteln – unsere Integrationsbeauftragte ist da sehr aktiv, damit sich die verschiedenen Nationalitäten austauschen und eben auch voneinander lernen. Die Bevölkerung spürt in einer Mittelstadt wie Goslar, wie schnell sich die Kinder und Jugendlichen in Kitas, Schulen und Vereinen integrieren.

Sie haben in Ihrer Verwaltung eine „Integrationsstelle“ geschaffen, die als Querschnittsbereich in der Stadtverwaltung fungiert. Was genau macht diese Integrationsstelle und wäre diese Organisation und ihre Verortung im kommunalen Organigramm ein Modell auch für andere Kommunen?

Unsere Beauftragte für Migration und Integration, Galina Gerhart, unterstützt Migranten und Flüchtlinge in allen Belangen. Manchmal wird auf die Schnelle eine Wohnung oder ein Kitaplatz gesucht, manchmal braucht jemand einen Übersetzer für den Arztbesuch. Besonders bemerkenswert ist, dass etliche Menschen, denen Frau Gerhart in der Vergangenheit geholfen hat, jetzt selbst ihre Fähigkeiten als Dolmetscher oder Kursleiter anbieten. Unsere Integrationsbeauftragte ist unglaublich vernetzt und macht einen super Job. Im Hinblick auf die Arbeitsplatzbeschreibung haben wir sie nicht in ein starres Konzept gepresst, sondern sie ist relativ frei in ihren Entscheidungen. Wir lassen Frau Gerhart die Dinge machen, die sie für wichtig und aktuell hält. Sie schiebt ein Projekt nach dem anderen an und hat Ideen. Genau das braucht Goslar, brauchen unsere Neubürger. Und ich bin davon überzeugt, dass das ein gutes Modell auch für andere Städte wäre.



Abb. 1: Die Integrationsbeauftragte Galina Gerhart wird eingerahmt von Sven Busse (von links), Fachdienstleiter Bildung und Soziales, Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk und Burkhard Siebert, Erster Stadtrat und Fachbereichsleiter Kultur und Bürgerservice. (Foto: Stadt Goslar)

Auch in Goslar sitzt die AfD seit der Kommunalwahl 2016 mit knapp 10% im Stadtparlament (Ihre Partei, die CDU, hat in der gleichen Größenordnung Stimmen verloren). Hat dies Auswirkungen auf Ihre Integrationspolitik und wenn ja, welche?

Das hat keine Auswirkungen. Ich lasse mich davon nicht beeindrucken und würde mal behaupten, das gilt auch für meine Politikkollegen in unserer Stadt. Wir sind auf dem richtigen Weg und schreiten deshalb weiter voran.

Zum Schluss ein Blick in die Zukunft: Wo sehen Sie ihre Stadt Goslar in fünf Jahren, was die Integration von Geflüchteten betrifft?

Mir war von Anfang an klar, dass wir die Geflüchteten, die zu uns kommen, nicht wie von Zauberhand integrieren können. Natürlich freue ich mich über jede gut ausgebildete Fachkraft, die mit Deutschkenntnissen zu uns kommt und sofort eine freie Stelle besetzen kann – da gibt es einige Beispiele. Fakt ist aber auch, dass wir ebenso die „normalen Arbeiter“, also Nicht-Akademiker, brauchen: Gabelstaplerfahrer, Lieferanten, Maurer. Da ist die Sprachbarriere meist höher. Hinzu kommt die deutsche Bürokratie; Abschlüsse aus dem Ausland werden oft nicht anerkannt. Ich denke und wünsche mir aber, dass wir genau diese Menschen nach fünf Jahren Deutschunterricht und Aus- bzw. Fortbildung in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung haben. Ich sehe aber nicht nur den ökonomischen Aspekt. Genauso wichtig ist, dass sie aktiver Teil der Stadtgesellschaft werden. Wir wollen einander nicht nur in den Betrieben begegnen, sondern beispielsweise auch beim Altstadtfest – alle Kulturen und Religionen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Junk, wir danken Ihnen für das Gespräch.